

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 4

Artikel: Wirtschaft, Politik, Volk
Autor: Bolz, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nacht mit rücksichtsloser Schärfe ein neues Mal zur Diskussion gestellt wird. Nur daß diesmal die Auseinandersetzungen ihr ganz besonderes Gepräge durch die Tatsache einer Krisenlage erhalten, die sich zu einer Krise des kapitalistischen Systems ausgewachsen hat und dadurch das Problem *zur Frage des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erweitert.*

Wirtschaft, Politik, Volk

Von Robert Boßz.

Was ist Volkswirtschaft?

Sinn und Zweck der Volkswirtschaft beruhen in der Ordnung alles dessen, was die Herrschaft über die Erde dem Menschen bietet, was menschliches Können und menschliches Erfinden zur Bessergestaltung des Lebens den Menschen Neues gibt. Die Art der Interessen, welche Ausgangspunkt einer volkswirtschaftlichen Organisation sind, bestimmen Wesen und Zielsetzung einer solchen Organisation.

Was ist unter dem Begriff »Politik« zu verstehen?

Politik kann getragen sein vom Willen, eine herrschende Macht an der Macht zu halten. Sie kann getragen sein vom Willen, eine neue Macht zur Herrschaft zu bringen. Die Wesensart der Interessen bestimmt den Inhalt der Macht. Die Summe der Interessen kann über Sieg oder Niederlage einer Macht wie über das Tempo und die Art von Uebergangsformen entscheiden.

Welche Interessen müßten natürlicherweise im Vordergrund stehen in der Organisation und Führung der Wirtschaft? Welche Interessen in der Politik? Die Lebensinteressen des Volkes, der Gesamtheit. Das Naturnotwendige ist das Entscheidende. Das Naturnotwendige aber, das ist *Brot und Freiheit des Volkes*.

Der Frühling des Liberalismus sah Proklamierung der Menschenrechte und Errichtung des Freiheitsbaumes. Bekenntnis zur Freiheit, zur Brüderlichkeit. Und darum außerordentlich bedeutsam in der Geschichte der Menschheitsbefreiung.

Das Bürgertum sprengte enge ständische Grenzen in der Betonung des Freiheitsideals. Entscheidend war ihm dabei *die* Freiheit, nach der seine geschäftlichen Interessen verlangten. Das war vor allem die Freiheit, sich nach Möglichkeit zu bereichern. Nun kann aber niemand Hüter der Freiheit des Volkes, Personifizierung des Fortschritts und Bewirtschafter von Gütern der Erde, von Menschenbedürfnis und Menschenarbeit zugleich sein, solange die individuelle Freiheit der Bereicherung *über die Gemeinschaftspflicht zum Wohlergehen aller gestellt wird*. Hier beginnt der Konflikt, der das Volk im Zeichen der Freiheit gegen die Freiheit der Volksausbeutung marschieren läßt. Und hier liegen auch Grundursachen aller kapitalistischen Krisen.

An der Wiege des Liberalismus amteten als Pflegeeltern: die schöne Geste Freiheit und der kühle Rechner Profit. Das gute Volk, Regungen des Gefühls immer zugänglich, wollte gerne im Wiegenkind sich selber

erkennen. Und es hielt sich um so lieber und ausdrücklicher an die schönen Augen der schönen Pflegemutter, als es keine Möglichkeit sah und auch nicht dazu angehalten wurde, sich am Pergamentgesicht des Pflegevaters zu erwärmen. Allmählich aber mußte es erkennen, daß man sich des Täuflings nicht vor allem um der Pflege, sondern um der Höhe des Pflegegeldes willen angenommen hatte und daß die Hoffnung bestimmend war, verhindern zu können, daß der kleine Pflegling sich einmal erwachsen, majoren fühlen und selber bestimmen werde.

Wie entsprach der Liberalismus den Menschenrechten? Er setzte die Vorrechte des Adels und der Geburt ab. Er sicherte den Bürgern Gleichheit vor dem Gesetz und gleiches politisches Recht. Er suchte tatsächlich revolutionär zu sein in den formalen Rechten. Das ist anerkennenswert und bedeutsam. Aber es geht nicht bis zutiefst. Denn die Grundlage *seiner* Freiheit bestand darin, die Wirtschaft zur Jagddomäne derer zu machen, die Besitz haben, sich Besitz anzueignen verstehen. Ihm war sehr wertvoll das Erbrecht; nicht um des Volkes, sondern um der »Freiheit des Besitzes« willen. An Stelle der gestürzten aristokratischen Herrschaft schuf das liberale Bürgertum so die Grundlage für eine Aristokratie des Besitzbürgertums und der Spekulanten. Man glaubte, Wirtschaft und Politik so trennen zu können, wie man als Schlauberger etwa eine Wurst teilt, sich dabei aber einen Schinken in den eigenen Korb steckt: den eigenen Interessen die Freiheit der Wirtschaft; dem Staat vor allem die Pflicht, diese Freiheit der Wirtschaft sicherzustellen. Dadurch mußte natürlicherweise das öffentliche, das heißt das Interesse des breiten Volkes in Abwehrstellung kommen gegen die privaten Interessen. Das Bürgertum, das durch seinen Klassenkampf dem System der Aristokratie die Macht entwunden hatte, zwang das Volk in die Stellung der Abwehr gegen die Fortsetzung dieses Klassenkampfes im geschäftlichen Alltag.

»Aber es ist viel geleistet worden unter der liberalen Herrschaft!« erklärt man uns. Ganz gewiß! Wobei gar vieles *nicht* geleistet worden wäre, wenn den Interessen der Profit- und Besitzesherrschaft nicht immer bewußter das Klasseninteresse der Besitzlosen entgegengestellt worden wäre. Und gar vieles *ungetan* geblieben wäre, hätte nicht die Angst helfend mitgewirkt, sich eines Tages gegen den Groll des Volkes auch des wertvollsten Besitzes kaum mehr erfreuen zu können. Denn: wenn das Bürgertum ehrlich sein wollte gegen sich selber, müßte es sich sagen, daß ein sozial unterdrücktes Volk allerhand aus der Märzenzeit des Bürgertums darüber lernen könnte, *wie man Unzufriedenheit zum Ausdruck bringt*.

Die Aera bürgerlicher Politik stand mindestens soviel im Zeichen des Zwangs wie im Zeichen der Einsicht; der Besitz gab dem Volke immer knapp nur gerade soviel, als der Besitz um seiner eigenen Sicherheit und Macht willen für geboten hielt. Was das Besitzbürgertum nicht hinderte, aus dieser seiner Not eine Tugend zu machen.

Nun aber: Wo ist heute der wirtschaftliche Liberalismus? Im Zeichen der privatkapitalistisch orientierten Monopole, der Trusts,

der Kartelle? Wie rechtfertigt sich der Sinn kapitalistischen Wirtschaftens in der Tatsache, daß man neben vollen Speichern Millionen Menschen darben lassen muß, daß man neben ungeheuren Bankkapitalien angeblich nicht über die Mittel verfügt, um Arbeit zu beschaffen, daß mächtig ausgebauten Fabrikationsanlagen leerstehen und deren Arbeiter zum Feiern gezwungen sind? Wie rechtfertigt sich hierin jene bürgerliche Weisheit, die Wirtschaft und Politik »fein säuberlich getrennt haben möchte«?

Da hören wir den Einwand eines Vertreters des kapitalistischen Systems: »Der Staat ist schuld an der Krise der Wirtschaft. Die Sozialpolitik ist schuld. Die Gewerkschaften sind schuld. Die Sozialisten sind schuld. Man hat der Wirtschaft zuviel Sozialismus aufgezwungen. Gebt uns die Bahn frei, und wir werden beweisen, daß der Kapitalismus imstande ist, die Maschine Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Befreit uns von den Bindungen an Löhne, an Arbeitszeit; entlastet uns von den Sozialausgaben für Unfallprämien usw.; entlastet uns von den drückenden Steuern — und die Krise ist überwunden . . .«

Auch eine Illusion ist keine Lösung. Denn *wie will der Kapitalismus mit seinen bisherigen Methoden dem Mißverhältnis Herr werden, das er zwischen Produktionsfähigkeit und Konsumkraft erzeugt hat?* Und wie will er sein System rechtfertigen in dem Moment, da er freies Recht fordert, brutal über das Volk hinwegzukarren? Ein System, das beim heutigen Stand der Technik glaubt, über das Volk hinweg sich retten zu können, fällt sein eigenes *Todesurteil*. Und das Volk hat nichts so entschieden zu betreiben, wie den Vollzug dieses Todesurteils. *Denn das Primäre für Wirtschaft und Politik ist nicht das Herrschaftsrecht der Besitzenden und der Freibeuter — das Primäre ist das Volk!*

Das Geld der Banken hat sich angesammelt aus der Arbeit und aus den Bedürfnissen der Menschen, des gesamten Volkes. Dieses Geld verzinst sich nicht dadurch, daß der Herr X oder die Frau Y einen Rechtstitel darauf besitzt; das Geld verzinst und vermehrt sich durch die Funktion, die es in der Arbeit und in den Bedürfnissen der Menschen erfüllt, das heißt dadurch, daß es Arbeit und Bedürfnisse anderer Menschen »bewirtschaftet«. Und die Fabriken? Sie sind außerordentlich wertvolle Hilfsmittel im Kampf des Volkes um sein Brot und im Ringen um die Hebung der Lebenslage des gesamten Volkes. In ihrem Werden und in ihrer Entwicklung stellen sie vor allem eine gewaltige Summe geistiger und manueller Kollektivarbeit dar. *Dadurch, wie durch den Sinn ihrer Funktion, sind sie Volksbesitz.* Das kann kein Schein privatrechtlicher Ansprüche auslöschen.

Es ist auch eines der Verdienste des Kapitalismus, die Besitzbegriffe etwas gewandelt zu haben. Er mußte sich zurückorientieren zu einer gewissen Kollektivität. Das ist noch lange nicht die Kollektivität früherer Zeiten, aber immerhin ein Anfang zum Zurückbesinnen auf das Entscheidende. An Stelle des privaten Bankiers und des einzelnen Fabrikbesitzers stellte er das Konsortium, die Aktiengesellschaft.

Das ist für die Herrschaft des Kapitalismus sowenig ohne Wirkung, *sowenig es die Opfer sind, welche die Öffentlichkeit heute für das*

Versagen der kapitalistischen Wirtschaft zu tragen hat. Diese Oeffentlichkeit wird verkörpert durch Arbeiterschaft, Gemeinden und Staat. Die Wirtschaft sucht sich durchzuhalten, indem der einzelne Betrieb Entlassungen vornimmt. Die Oeffentlichkeit nimmt der Wirtschaft die Hauptsorge für die Entlassenen ab. In der ungleichen Verteilung des Arbeitsertrages, in seiner Art der Bewirtschaftung des Besitzes, der Arbeit und der Bedürfnisse der Menschen zeugt der Kapitalismus gegen sich. *In der Verteilung der Krisekosten unterstreicht er wider Willen das Anspruchsrecht des breiten Volkes auf den bestehenden Besitz und auf den heutigen und zukünftigen Arbeitsertrag.*

Die Arbeiterschaft hat sehr weitgehendes Verständnis für die heikle Stellung des einzelnen Betriebes im Gewoge kapitalistischen Wirtschaftskrieges. Sie weiß vor allem, daß der Betrieb um seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung willen sich selber erhalten muß, das heißt dem Volk erhalten bleiben muß. Sie ist sich auch des Kampfes bewußt, den es braucht, im heutigen Tempo technischer Neuerungen Spitzenstellung zu wahren. Sie weiß sehr wohl, welche Umstellungen der Fluß der Entwicklung in Fabrikationsart und Fabrikationsmethode erzwingen kann. *Sie gibt sich aber auch Rechenschaft darüber, wie stark heute Volksschicksal entschieden wird in stillen Direktionszimmern und verschwiegenen Verwaltungsratsstuben.* Sie hat kein Vertrauen mehr zu der profitgerichteten Führung der Wirtschaft. Und sie darf kein Vertrauen mehr in jene haben, wenn sie die Lehren der Vergangenheit und der furchtbar ernsten Gegenwart nicht in den Wind schlagen will.

Darum will sie *die* Geschichte unseres Volkes kennen, die man fälschlicherweise in keine Schulbücher schreibt, nämlich *die* Geschichte, die in den Geschäftsberichten und Rechnungsabschlüssen unserer Banken knapp und dürr aufgezeichnet ist. Man darf dem Volke nicht nur Opfer zumuten, *man muß ihm auch Rechenschaft geben, wofür die Opfer seien.* Leidet der Arbeiter an Arbeitslosigkeit, sieht er seine Familie darben, bloß um morgen neuer Unsicherheit ausgesetzt zu sein? Bringen Gewerkschaften, Gemeinden und Staat die heutigen gewaltigen Opfer für die aus der Wirtschaft Ausgestoßenen wie für die verschiedenen Zweige der Wirtschaft selber nur deshalb, um morgen der alten Anarchie profitgerichteter Wirtschaftsführung wiederum freie Bahn zu geben?

Lohnabbau wird heute ohne jede Sentimentalität und vielfach auch ohne tiefere volkswirtschaftliche Begründung anbefohlen als Heilmittel. Das berechtigt das Volk, die breite Oeffentlichkeit zur Frage: *Wie sind die Ueberschüsse verteilt und verwendet worden in den guten Jahren?* Wie ist Sicherung erfolgt für den Fall des Kriseeinbruchs? Inwiefern geben die öffentlichen Rechnungsablagen die Möglichkeit, sich ein Bild zu machen vom wirklichen Anteil der Arbeiter- und Angestelltenlöhne an den Kosten der Gesamtproduktion? Wieweit kann man sich ein Bild machen davon, was heutige Wirtschaftsführung für sich selber als Bezahlung für angemessen erachtet, was heutiges Aufrechterhalten von Beziehungen an Spesen erfordert, was wissenschaftliche Forschung und technischer Versuch an Kosten bedingen, was der

Betrieb aus sich selber herausarbeitet und herausgearbeitet hat zur Erweiterung, zur Vervollkommnung, zur technischen Modernisierung?

Man muß fragen: Wird die Lohnabbauskala, wie sie von industriellen Betrieben (und möglicherweise auch von Banken) vorgelegt wird, wirklich streng eingehalten? Ist es nicht so, daß man teilweise darauf aus ist, beim Arbeiter und Angestellten einen Lohnabbau zu erzwingen, im Hinweis darauf, daß der Abbau bei den höhern Gehältern eben prozentual höher sei, und daß man höhere Funktionäre des Betriebes anderweitig entschädigt für den so »abgebauten« Lohn?

Man muß heute, da die Weltwirtschaft als Jagddomäne der Gewinnjäger sich in schwerster Krise befindet, sich im Interesse des Volkes Rechenschaft zu geben versuchen, *inwiefern Volksgut gefährdet wird*, ja verlorengeht (Verlegung von Fabriken ins Ausland, Verkauf von Patentrechten, Gewährung von Auslandsanleihen) und inwieweit dabei das kalte Geschäftsinteresse international gerichteten Profitstrebens verantwortlich ist, wieweit Notwendigkeiten weltwirtschaftlicher Schicksalsverbundenheit entscheidend gewesen sind.

Einst stürmte das Volk die Zwingburgen gnädiger Herren. Heute hat das Volk die Wahl, sich auch in den formalen Rechten der Demokratie den Zwingburgen auszuliefern, welche der Privatbesitz im Zeichen der Bereicherungsfreiheit in der Wirtschaft errichten konnte, oder sich nach dem Beispiel der Alten gegen diese Zwingburgen zu wenden. *Wo eine Kollektivität der Ausbeuter möglich ist, da ist eine Kollektivität der Ausgebeuteten nicht minder möglich und zweifellos weit mehr berechtigt.*

Was aus des Volkes Arbeit, aus des Volkes Können und Tüchtigkeit geworden, das ist Volksgut und soll als solches geschützt und erhalten bleiben. Das ist der Sinn der Arbeit der Vergangenheit. Das ist der Sinn der Opfer, die heute Gewerkschafter, Gemeinden, Staat vor allem und die einzelnen Glieder des Volkes bringen, der Opfer, die am schwersten bezahlt werden müssen von jenen, die ausgeschlossen waren vom Goldregen der wirtschaftlich guten Zeiten.

In den formalen Freiheiten, die der Liberalismus dem Volk gegeben, sieht der große Besitz heute eine Gefahr. *Aber auf den Boden dieser Freiheiten hat sich das Volk der Arbeit zu stellen, um zu verteidigen, was an Fortschritt geschaffen wurde, und jene Revolution fortzuführen, die das Bürgertum nur bis zur Freiheit der Ausbeutung geführt hat.*

Um Brot und Freiheit der Menschheit geht es. *Wahre Freiheit wurzelt in der Pflicht aller, die Wohlfahrt aller sicherzustellen.* Diese Freiheit kennt der Kapitalismus nur verzerrt. Sie steht über jedem Besitztitel und jedem Erbrecht. Um ihretwillen befindet sich das Bürgertum in einem Gegensatz zu gewissen Freiheitsbegriffen seiner Jugendtage. Das ist neben dem Versagen seiner Wirtschaft der politische Ausdruck seiner moralischen Krise. Denn jene große Freiheit bedeutet Sozialismus; die Erfahrung der Vergangenheit, die Not der Gegenwart gebieten: *Alle für alle!*

Das bedeutet, daß Wirtschaft und Politik nur *eine Zweckbestimmung* haben dürfen: Dienerinnen des Gesamtinteresses zu sein!